



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 36. Ratssitzung vom 25. Januar 2023

1303. 2022/616

Dringliches Postulat von Marcel Tobler (SP), Mélissa Dufournet (FDP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 30.11.2022:

Berichterstattung über die Wirkungen der zusätzlich eingesetzten Mittel für die subventionierten Kita-Plätze und die umgesetzten Qualitätsverbesserungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Marcel Tobler (SP) begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1056/2022): Dieses Postulat hat den Charakter eines Begleitpostulats zur Budgetdebatte, die letzten Dezember geführt wurde. In dieser Debatte wurde kommentarlos beschlossen, dass die Kindertagesstätten mehr Geld erhalten. Dieser Beschluss ist seit dem 1. Januar 2023 gültig. Vorher bekamen die Kindertagesstätten 121 Franken pro Tag und subventioniertem Platz. Neu bekommen sie Fr. 131.20 pro Tag. Dieses zusätzliche Geld pro subventioniertem Platz ist an gewisse Bedingungen geknüpft. Ziel ist die Steigerung der Betreuungsqualität. Dabei geht es sowohl um die Finanzierung von Projekten, als auch um höhere Löhne und die Ermöglichung von Ausbildungen. Mit diesem zusätzlichen Geld ist nicht beabsichtigt, höhere Gewinne der Kindertagesstätten zu finanzieren. Dieses Postulat geht aus der Sachkommission Sozialdepartement (SK SD) hervor, in der man sich einig war, dass das zusätzliche Geld zweckmässig verwendet werden soll. Darum wollen wir wissen, welche Auswirkungen dieses zusätzliche Geld auf die Kindertagesstätten hat. Die Kindertagesstätten sollen dem Stadtrat Bericht erstatten und ihm gegenüber rechenschaftspflichtig sein. Dies muss ihnen entsprechend bekannt gemacht werden. Der Stadtrat sollte sie nicht nachträglich nach den Auswirkungen befragen müssen, sie sollen selbst über die Zielerreichung berichten. Wir fordern nach zwei Jahren eine erste Berichterstattung über die Auswirkungen der Massnahmen. Später kann die Berichterstattung in den jährlichen «Report» des Stadtrats bezüglich Kinderbetreuung einfließen.

Susanne Brunner (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 21. Dezember 2022 gestellten Ablehnungsantrag: Die SVP findet, dass die Stadt den Kindertagesstätten bereits heute zu viele Vorschriften macht. Wir wollen die Einmischung des Staates in die Kinderbetreuung verkleinern und nicht fördern. Mein Vorredner Marcel Tobler (SP) machte einen Freud'schen Versprecher, indem er sagte, dass der Bericht quasi ergebnisoffen untersuchen soll, welche Auswirkungen die zusätzlichen Gelder auf die Kindertagesstätten haben. Die SVP findet diese Fragestellung absurd, weil man sich nach wie vor bewusst sein muss, dass die Kindertagesstätten in der Stadt Zürich privatwirtschaftlich geführte Unternehmen sind. Wenn ich es richtig im Kopf habe, dann gibt es nur neun oder zehn staatliche – also von der Stadt betriebene – Kindertagesstätten. Wie ein privater Unternehmer mit seinem Geld umgeht, soll seine



2 / 2

private Sache sein und bleiben. Der Versprecher meines Vorredners zeigt sich darin, dass er erwartet, dass das Geld in die Löhne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fliesst. Dies für sich gesehen, ist natürlich nicht verkehrt. Wir sind aber der Meinung, dass die Kinderbetreuung stärker privat organisiert bleiben und auch weniger staatliche Mittel erhalten soll. Zudem soll die Aushandlung der Löhne weiterhin private Aushandlungssache bleiben. Darum lehnt die SVP dieses Dringliche Postulat ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Der Stadtrat ist bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Selbstverständlich versuchen wir herauszufinden, welche Auswirkungen diese zusätzlichen Mittel des Gemeinderats haben werden. Trotzdem muss ich an dieser Stelle ein doppeltes «Aber» deponieren. Einerseits muss man sich bewusst sein, dass die Evaluierung der Auswirkungen dieser Mittel keiner exakten Wissenschaft untersteht. Zudem wissen wir nicht, wie sich die Welt in den nächsten zwei Jahren verändern wird. Somit wissen wir auch nicht, welcher Teil der Veränderung der Welt die Auswirkungen der zusätzlichen Mittel beeinflusst und welcher nicht. Darum bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie mit den vorgelegten Ergebnissen dann einen pragmatischen Umgang finden. Zweitens kann ich Ihnen nicht garantieren, dass wir innerhalb der nächsten zwei Jahre zu vollständigen Ergebnissen kommen. Insofern bedarf es unter Umständen zusätzlicher Zeit für die Evaluierung.*

Das Dringliche Postulat wird mit 104 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat